



Landeshauptstadt München, Direktorium
Friedenstraße 40, 81660 München

Vorsitzender
Thomas Kauer

Geschäftsstelle:
Friedenstraße 40, 81660 München
Telefon: (089) 233-614 -80
Telefax: (089) 233-61485
E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

München, 12.10.2017

Unser Zeichen
3.4.4 / 12.10.2017

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Sofortige Beteiligung des Bezirksausschusses bei der Kagerstraße 9

Der Bezirksausschuss Ramersdorf-Perlach möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München, im Speziellen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie das Baureferat, werden aufgefordert, den Bezirksausschuss umgehend über die Planungsabsichten und vorhandenen Baurechtsreserven auf dem Grundstück Kagerstraße 9 zu unterrichten und ihn entsprechend seiner Stellung, als Repräsentant lokaler Interessen, in alle weitergehenden Planungen miteinzubeziehen und gegebenenfalls einen Workshop zu planen.

Von einseitigen, überstürzten Planungen jenseits der Verlagerung des Betriebshofs ist bis auf weiteres Abstand zu nehmen.

Vielmehr soll überlegt werden, welche örtlichen Bedarfe mit den offenbar vorhandenen Baurechtsreserven gedeckt werden können (soziale Infrastruktur, bürgerschaftliche Nutzungen, Einzelhandel, etc.). Dabei soll auch geprüft werden, ob Betriebe, die heute im Bereich des Sanierungsgebietes Ortskern Ramersdorf liegen, dorthin umgesiedelt werden können, um die Ortskern-Planungen zu befördern, beziehungsweise das dortige Gelände, zu arrondieren.

Begründung:

Der aktuellen Ausgabe des HALLO ist zu entnehmen, dass im Stadtrat der Landeshauptstadt München die künftige Nutzung des Grundstücks Kagerstraße 9 kontrovers diskutiert wurde. Anlass war eine Vorlage, in der die Grundstücksfreimachung zugunsten des im Rahmen der Schulbauoffensive zu verlegenden Stützpunkts einer Einheit des Straßenunterhaltsbetriebs behandelt wurde.

Ausgehend von der Frage, ob das Grundstück zusätzlich kreative, kulturelle oder bürgerschaftliche Nutzungen, die in Ramersdorf bekanntlich Mangelware sind, beherbergen könnte, entstand offenbar das Ansinnen dort ein „Wohnen für Alle“-Projekt zu realisieren. Ein entsprechender Antrag wurde im Stadtrat bereits eingereicht.

Die Vorgeschichte des Grundstücks ist wechselhaft: Lange Zeit wurde es als Schießstätte für den Polzeisportschützenverein München vorgesehen. Als sich dieses Vorhaben zerstückelte, forderte der Bezirksausschuss 16 die Landeshauptstadt auf, die Fläche für eine schulische Nutzung zu sichern, um beispielsweise die Führerschule zu entlasten. Dieser,

vor dem Hintergrund der Schulsituation und des Zuzugs unseres Erachtens immer noch nicht ganz abwegige Gedanke, wurde seitens der Stadt als nicht notwendig erachtet. Auf Nachfrage erfuhr der Bezirksausschuss dann seinerzeit die geplante Verlegung des Stützpunkts des Straßenunterhalts. Die aktuelle Vorlage zur Freimachung des Grundstücks sah kein Anhörungsrecht des Bezirksausschusses vor.

Nach den aktuellen Wendungen im Stadtrat ist es aber dringend nötig, den Bezirksausschuss umfassend zu informieren. Nach Aktenlage liegt kein Bebauungsplan auf dem Grundstück, das im Flächennutzungsplan zudem als SO GE dargestellt ist. Insofern wäre interessant zu wissen, wie hier die in der Zeitung genannten sieben Stockwerke möglich sein sollen. Warum wurde diese Information erst auf Nachfrage gegeben? Warum hat die Stadtverwaltung nicht selbst eine dichtere Bebauung angestrebt und hierzu örtliche Bedarfe abgeglichen?

Solange keine umfassende Information des Bezirksausschusses und der örtlichen Anwohnerschaft zu den konkreten Planungsabsichten geleistet wird, sind alle weiteren Schritte auszusetzen. Die Erfahrungen mit dem bisherigen „Wohnen für Alle“-Projekt der GWG in Ramersdorf, einem Flexi-Heim an der Ständlerstraße oder Überlegungen für eine Bebauung des Kustermannparks zeigen eindrucksvoll, dass überstürztes, intransparentes Handeln nur zu Verwerfungen führt, die später kaum zu kitten sind. Insofern wäre es wünschenswert, wenn daraus endlich gelernt würde.

Geradezu makaber mutet es in diesem Zusammenhang an, ineffizientes Grundstücksmanagement damit zu kaschieren, dass die schwierige Grundstückssituation (Mittlerer Ring, Betriebshof, Autovermietung, Tankstelle) für ein „Wohnen für Alle“ noch gut genug sei. Gerade diese Wohnform braucht in einer nicht ganz einfachen Umgebung ein adäquates Maß an sozialer Infrastruktur.

Unter Umständen bietet das Grundstück aber auch die Möglichkeit zu Umsiedlungen von gewerblichen Betrieben, die aktuell im Ortskern Ramersdorf liegen und für eine wünschenswerte und geplante Aufwertung des gesamten Ortskern-Ensembles eher hinderlich sind. Hier sollte in jedem Fall die Abstimmung mit der Stadtsanierung gesucht werden.